





auf die Unterjochung der Sieger angewiesen sind. Soll in der sozialistischen Bewegung ein verhängnisvoller Rückschlag eintreten, dann ist es von äußerster Wichtigkeit, daß die Arbeiterbewegung in den siegreichen Staaten entschlossen vorwärtsfährt. Das Schicksal des Proletariats aller Länder ist so unlösbar miteinander verbunden und erfordert internationales solidarisches Handeln. Der Gedanke der internationalen Solidarität heizt sich jetzt zur Notwendigkeit der internationalen sozialistischen Tat.

Die Voraussetzungen dafür sind gegeben. Auch in den Ländern der Sieger machen sich die furchtbaren Folgen des Krieges felt geltend und seine Leiden und Lasten drücken vor allem auf das Proletariat. Der Verlauf der Ereignisse, die diesmal in ganz anderem Umfang, mit ganz anderer Wucht und in ganz anderem Geiste begangen wurde als je zuvor. Das Bewußtsein nicht nur die programmatische Fundamente der Parteien. Die französische Partei, in der die Opposition gegen den Krieg längst zur großen Mehrheit geworden ist, hat die Eroberung der politischen Macht, die Durchföhrung des Sozialismus durch die Diktatur des Proletariats als das unmittelbare Ziel ihres Kampfes proklamiert. In England wächst die Aktivität und der Mobilismus in den Arbeitermassen, gewinnt der Nötigedanke rasche Verbreitung; der Druck der Massen ändert die konservative Politik der Gewerkschaften, drängt das sozialistische Endziel in den Vordergrund und wird in Kürze bereits die bestehende Regierung zu Sozialisierungsmaßnahmen, vorerst zur Verstaatlichung des Kohlenbergbaues zwingen. Italien ist erfüllt von einer mächtigen sozialen Gärung, und auch in den neutralen Ländern hat die soziale Unruhe die Arbeitermassen erfasst.

Ausdruck und Zusammenfassung dieser Bewegung, ihr verbindendes und führendes Organ muß die wiedererstandene Internationale werden. Und einheitlich und umfassend wie die revolutionäre Bewegung selbst muß sie sein, soll sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Die Schwierigkeiten, dieses Ziel zu erreichen, sind doppelter Natur; sie liegen auf organisatorischem und auf prinzipiellem Gebiet.

Organisatorisch steht der Errichtung der neuen Internationale die Gründung der kommunistischen Partei entgegen. Die russische Revolution gegenüber. Sie ist die Annahme des kommunistischen Programms und der kommunistischen Taktik voraus, und in ihr beruhen bis jetzt unumkehrbar die wesentlichen bolschewistischen Auffassungen vor.

Auf ihrem Kongreß in Moskau ist unsere Partei mit besonderer Schärfe angegriffen, sind ihre Kampfmethoden mit besonderer Unabdingbarkeit verdammt worden. Ein Anschluß würde für uns vollständige Unterordnung unter die Moskauer Auffassungen und hätte für Deutschland selbst unser Aufgehen in die kommunistische Partei zur notwendigen Konsequenz.

Aber nicht nur das. Es würde auch unsere Isolierung von dem weitaus größten Teil des internationalen Proletariats bedeuten, insbesondere unsere Trennung von der englischen und französischen Arbeiterklasse. Das würde uns aber gerade der Möglichkeit berauben, unsere Auffassungen bei jenem Teil des Proletariats zur wirksamen Geltung zu bringen, auf dessen Haltung für das Gelingen der Revolution nicht weniger als alles ankommt, und es würde uns von Parteien trennen, deren Standpunkt entweder wie der der französischen mit dem unseren der Hauptsache nach bereits übereinstimmt oder sich ihm infolge des Revolutionärisierungsdrecks, der die sozialistischen Parteien erfasst hat, rasch nähert. Da das Interesse der revolutionären Entwicklung gerade die Kooperation mit dem weitaus größten Teil des Proletariats erfordert, erachten wir eine einfache Abstinenzpolitik, die Nichtbeteiligung an einer Internationale, der diese Parteien angehören, gerade im revolutionären Interesse für verfehlt.

Damit aber unsere Beteiligung möglich wird und ihren revolutionären Charakter wahren kann, müssen zuvor gewisse prinzipielle Voraussetzungen gegeben sein. Wir können nur einer Internationale angehören, die, wie es in unserer Organisations- und Parteiprogramm-Grundgedanken festgelegt ist, die sozialistische Politik im Geiste der internationalen Konferenzen von Zimmerwald und Brüssel.

## Der Friedensvertrag im Unterhaus.

London, 21. Juli (Neuer) Unterhaus.

Wottonkay brachte bei der zweiten Lesung des Friedensvertrages einen Verbesserungsvorschlag ein, in dem das Bedenken darüber ausgesprochen wird, daß der Friedensvertrag den Friedensvertrag nicht bestimmende Verpflichtungen auferlegt. Großbritannien seine gesamten Geldgaben für den Krieg zu ersetzen. In seiner Antwort auf die Debatte verteilte Lloyd George verschiedene Bestimmungen des Friedensvertrages und erklärte, Groß-Britannien habe sich hinsichtlich Kompensationen geföhrt, obwohl es unmöglich gewesen sei, die gesamten Kriegskosten zurückzubekommen. Es sei nicht möglich, den Betrag für die Entschädigung und Wiedergutmachung festzusetzen, da die Stellen für die Wiedergutmachung noch nicht festgelegt werden können. Lord George betonte ferner die territorialen und die deutschen aufzulegenden militärischen Bedingungen. Er betonte, daß auf der ganzen Welt der Wunsch bestehe, vor Dienstreise ein Ende zu machen und sprach die Hoffnung aus, daß Groß-Britannien Ende 1919 durch freiwillige Kontributionen alle die Verpflichtungen aufgedeckt haben werde, die notwendig seien, um die Arbeit der ganze Welt beschleunigen britischen Interessen zu schützen.

Lloyd George fuhr fort, es sei unmöglich, die Dienstpflicht aufzugeben, bis die gegenwärtige Lage sich geklärt habe. Er hielt in jeder Beziehung an seiner früheren Erklärung über die Politik gegenüber Deutschland fest und ließ dabei, daß Churchill nicht von dieser Politik abgewichen sei.

Wegfall des Verhältnisses gegen den früheren Vertrag, es niemand habe vorgeschlagen, daß die für diese Kriegskriegskosten verantwortliche Person entlassen solle. (Beifall.) Er fragte, welches Recht Groß-Britannien zu der Forderung habe, daß ein neutrales Land der Schlichtung des Streitfalls sein solle. Die Neutralen seien weder auf der Konventionen gewesen, noch hätten sie am Krieg teilgenommen, und, wenn die Sache ihnen überlassen worden wäre, würde für die gerechteste Befriedigung des gesamten Konflikts kein Antrag vorliegen. Die Neutralen hätten genug Interesse an Groß-Britannien, um zu

wissen, daß jede Person, die in England vor Gericht gebracht wird, gerecht behandelt wird in der Bestrafung, die mit den höchsten Traditionen der britischen Rechtsprechung, die unüberwunden sind. (Beifall.) Er lege große Erwartungen zu den heilsamen Warnungen, wenn zum ersten Male das Vorgehen eines Mannes, der vorzüglich zum Zweck persönlicher Gewinn oder aus etlicher Rücksicht einen Krieg provoziert, zu einem Kapitalverbrechen (felony) gestempelt werde.

Über die irische Frage sagte Lloyd George, daß die irische Frage, die der Regierung im Auge stehe, sei, daß die irischen Nationalen die irische Grundbesitzung nicht ein ganz Irland anwenden wollten, und daß sie sich nicht damit zufrieden gäben, selbst das Selbstbestimmungsrecht zu erlangen, sondern anderen dieses Selbstbestimmungsrecht nehmen wollten. Er ließ dabei, daß der Friedensvertrag gerecht sei und der Welt auf Generationen hinaus bereiten werde, daß man die nationalen Rechte nicht mit Füßen treten und feierliche Verträge nicht brechen dürfe. (Beifall.) Er glaube, daß der Friedensvertrag wie ein Leuchtturm sein werde, eine Warnung an die Völker und Herrscher vor den Gefahren, an denen das deutsche Kaiserreich gescheitert. (Beifall.) Der Antrag Wottonkays wurde abgelehnt, und die Friedensvertragsvorlage wurde in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

London, 21. Juli. (Neuer) Unterhaus. Der Friedensvertrag wurde in allen Lesungen, nachdem die irischen Nationalisten als Protest gegenüber der Haltung der Regierung in der irischen Frage eine Abstimmung verlangt hatten, mit 168 gegen 4 Stimmen angenommen. Die den englisch-französischen Vertrag betreffende Vorlage wurde in ähnlichen Lesungen einstimmig angenommen.

## Kommunistisch-rechtssozialistische Arbeitsgemeinschaft.

Uns wird von gut unterrichteter Seite geschrieben:

Die kommunistische Partei Deutschlands (Sportklub) führt gegenwärtig einen heftigen Kampf gegen die U. S. P. D. In Versammlungen und Flugblättern werden die U. S. P. D. aufgeführt. Allerdings tragen dieselben zumeist den Stempel der Verleumdung offen auf der Stirn, so daß sie bei der Masse wenig Eindruck zu erwecken vermögen. Bei jedem, der die Haltung einiger kommunistischer Führer und deren Nachfolger, wie auch die Zustände innerhalb der U. S. P. D. kennt, muß diese Kampfweise Abstoßen erregen. Braude daran können nur die Leute der Gegenrevolution und die Rechtssozialisten haben. Das erkennt man an der Art, wie sich der „Vorwärts“ in seiner Montagmorgen-Ausgabe auf das letzte kommunistische Flugblatt äußert und seinerseits Kapital daraus zu schlagen versucht.

Das Flugblatt, welches wir selbst nicht kennen — wir müssen uns auf die Teile beschränken, die der „Vorwärts“ veröffentlicht —, befaßt sich mit dem Genossen Ledebour, wie auch die Unabhängigen seiner Richtung überhaupt, den Januarputsch genötigt zu haben, und weist den Kommunisten die Rolle des überstimmten, organisatorisch schwächeren, der Diktator abgewiesenen Warners zu. Das Flugblatt ist so gehalten, daß bei den heutigen Verhältnissen die Staatsanwaltschaft eine neue Anklage gegen Ledebour aufbauen könnte. Der „Vorwärts“ spielt ja auch darauf an, indem er von der „Hauptputsch-Verfassung“ spricht, Ledebour sei der „Hauptputschist“ gewesen, das ganze von der Verteidigung aufgebaute Gebäude sei mit einem Schlag zusammengebrochen. Das Flugblatt der U. S. P. D. ist wohl die schamloseste Denunziation, die jemals in politischen Kampfe verurteilt worden ist. Sie wird um so schamloser, wenn man die Ereignisse im Januar von ihrem Ausgangspunkte bis zum tragischen Ende beobachtet konnte.

Die Verfasser dieses schamlosen Denunziation-Flugblattes sitzen in der Zentrale der U. S. P. D. Sie wissen genau, daß diejenigen Mitglieder, die der U. S. P. D. angehören und über alle Vorgänge im Januar informiert sind, bisher geschwiegen haben und wohl weiter schweigen werden. Sie werden nicht zu Denunzianten, sie sitzen den gegenwärtigen Gewalten keine Opfer ans Messer, wie es hier die Kommunisten tun. Aber wir fragen diese Denunzianten in der Zentrale der U. S. P. D.: Was geschieht, wenn ein solches Flugblatt vor Gericht erörtert wird, wenn sie aufgefordert werden, den Wahrheitsbeweis für diese Behauptungen anzutreten? Freilich, in eine solche Lage werden diese Herrschaften nicht kommen, denn sie wollen sich im sicheren Versteck und überlassen es ihren nachgeordneten Führern, die Folgen ihrer Politik auszubüßen. Wir haben die Haltung des Genossen Ledebour im Januar nicht gebilligt, aber wir wissen, daß die Behauptung der Kommunisten, Ledebour sei für den Januarputsch verantwortlich, oder daß er in jenen Tagen politische Geschäfte gemacht habe, eine wissentliche Lüge ist.

Ledebour befindet sich zur Zeit außerhalb Berlins. Er wird selbst nicht antworten können. Wir halten es für unsere Pflicht, ihn gegen die Angriffe der Kommunisten in Schutz zu nehmen. Und wenn sich die U. S. P. D. auf die revolutionären Tölpel beruft, so dürfte den Herren Denunzianten, die ja scheinbar auch zu diesen revolutionären Opfern gehört haben, bekannt sein, daß vor dem Januarputsch zwischen Ledebour und Liebknecht eine heilige Auseinandersetzung über Diktatorismus stattgefunden hat, wobei Liebknecht von gewissen Personen, die heute der Zentrale der U. S. P. D. nahe stehen, lebhaft sekundiert wurde. Doch darüber wollen wir lieber nichts weiter sagen.

Der „Vorwärts“ glaubt, der Beweis für den Diktatorismus der Unabhängigen sei durch dieses Flugblatt voll erbracht. Er weiß natürlich, daß jeder andere, der die Haltung der U. S. P. D. beobachtet, daß dieses Flugblatt nicht als Beweis angesehen werden kann, sondern daß dafür nur die Haltung der Partei selbst ausschlaggebend ist. Die U. S. P. D. und nicht zuletzt auch Ledebour, haben wiederholt mit aller Schärfe gegen jeden Diktatorismus Stellung genommen. Das weiß auch der „Vorwärts“. Wenn er trotzdem diese Behauptung aufstellt, so bedient er sich der besten Mittel, die von den Denunzianten der U. S. P. D. angewandt worden. Was von solchen Denunzianten zu halten ist, das hat der „Vorwärts“ in seiner letzten Nummer der Zentralkollektion der U. S. P. D. im Stammbuch geschrieben. Der „Vorwärts“ warf auf Grund dieser belastenden Materials der kommunistischen Zentralkollektion Lüge, Verleumdung und

Denunziantentum vor. Dabei bekennen sich die meisten Sozialisten politisch zu Überhängen der U. S. P. D. Wir müssen es den Kommunisten überlassen, ob sie sich zu einer Zentralkollektion bekennen, die sich zu Gefinnungs- und Krigenossen des „Vorwärts“ macht, und in ihrem diktatorischen Gärungswahn vor keinem Mittel zurückfährt, das zur Aufrechterhaltung ihrer Parteiherrschaft dient.

## Geschicht!

In der Frage des Schulkompromisses, das die Rechtssozialisten mit dem Zentrum abgeschlossen haben, scheint sich das hauseigene Sprichwort zu bewahrheiten, daß Untrene ihren eigenen Herrn schlägt. Die Rechtssozialisten haben Untrene begangen an dem sozialdemokratischen Programm, das immer noch in ihren Mitgliedbüchern steht. Sie haben Untrene begangen an den Prinzipien des Sozialismus, die die völlige Trennung der Schule von der Kirche fordern, die nur der staatlichen Gemeinschaft das Recht einräumen, die Entwicklung der Schule zu bestimmen. Zwar Heinrich Herr Dr. E. Lohmann, der Kollege des Herrn Heinrich Schulz im „Vorwärts“, daß der Weg zur weiteren Entwicklung durch das Kompromiß freigemacht sei. In der Tat, der Weg ist frei. Aber der Weg für das Zentrum, der Weg für die Kirche zur weiteren Ausbreitung ihrer Herrschaftsansprüche, zur fortgesetzten Benebelung der Kinderselen.

Aus einer offiziellen Erklärung des Kompromisses erfährt man, wie diese Entwicklung vor sich gehen soll. Man will die einzelnen Gemeinden durch ihre Erziehungsberechtigten einschreiben lassen, wie die einzelnen Schulen beschaffen sein sollen. Nach Prozentsatz will man so nach und nach katholische oder evangelische oder Simultanschulen schaffen. Das bedeutet zunächst einmal, daß das Prinzip preisgegeben ist, wonach die Schule nur der Erziehung von Staatsbürgern dienen soll, den Glaubensgemeinschaften aber überlassen bleibt, in welcher Weise sie außerhalb der Schule auf die Kinder einwirken wollen. Das bedeutet weiter, wie es ein demokratischer Kritiker feststellte, daß von jetzt ab die Kirchentumsinteressen über die wichtigsten Fragen entscheiden, daß dagegen die allgemeinen staatlichen Gesichtspunkte ausgeschaltet werden.

Schon erhebt sich in der rechtssozialistischen Kreise heftige Kritik an dem Kompromiß. Im Dienstag-Abendblatt des „Vorwärts“ weist Siegfried Kawerau auf der Geschichte des Zentrums nach, daß es für die Kirche nur darum handle, die eigene Stellung, d. h. in erster Linie das Kirchenvermögen, zu retten. Das Zentrum bekämpfe grundsätzlich Volksherrschaft, Sozialismus und weltliche Schule, die Augenblicke dieser Partei seien in Wirklichkeit nur Wandlungen. Noch heftiger geht Konrad Haenisch, der preussische Kultusminister, mit dem Kompromiß seiner Freunde ins Gericht. Er sprach am Dienstag im 8 Uhr-Abendblatt:

Einmal Kritik an diesem Kompromiß zu üben, ist nicht der Zweck dieser Zeilen. Das haben in trefflicher Weise in der Veritasagung der Nationalversammlung die demokratischen Redner Seyffert und Lippe befohlen — die Leiter nur zu sagen verzagen, welche schwere Mitschuld gerade der Partei an der ganzen verfahrenen Situation hat. Das diese Herren aber in einzelnen gegen das Schulkompromiß sagten, daß es den Schul- und Konfessionskampf aus den zentralen Parlamenten mit ihren immerhin leidlich großen politischen Gesichtspunkten hinausdränge in jede kleine Dorfgemeinde, wo es nur allzu leicht vergiftet wird durch irgendeiner Kirche Turms- und Personeninteressen, daß es auch die höheren Schulen konfessionalisiere, daß es mit Naturwissenschaften die Gründung von Berufsschulen verhindern würde auf Kosten größerer Leistungsfähiger Schulsysteme, daß es — auch mit seiner außerordentlichen Weisheit dem Privatwettbewerb gegenüber — den großen Chancen der Volksschule geradezu ins Gesicht schlägt, daß es an die Stelle der gerade heute so dringend notwendigen national-kulturellen Einigung unseres Volkes seine konfessionelle Scheidung begünstigt, daß es durch seine mit Verfassungsgewalt ausgestatteten Beschlüsse die Landesgesetzgebung auf schwerste Art an den Kopf.

Man denke, ein rechtssozialistischer Führer und Minister parteidemokratische Redner zu Jungen vor, um seine eigenen Interessen der Regierung vor dem Lande bloßzustellen. Gewiß ist Konrad Haenisch gerade in diesen Fragen kein unbedingt zuverlässiger Eideschwörer. Denn wenn das Zentrum jetzt wieder oben ist, so verdammt es das nicht zum wenigsten der Politik, die Haenisch als preussischer Kultusminister mit seinem Namen gedeckt hat. Um so bemerkenswerter ist es aber, daß sogar diesem Manne die reaktionäre Politik seiner Freunde in der deutschen Nationalversammlung zu weit geht. Er meint zum Schluß seines Artikels, daß er sich in seiner kühnen Sprache ein wenig mit den breitesten Kreisen der rechtssozialistischen Wählerklasse. Würde man einlenken, ehe es zu spät ist, ruff er aus. Es ist zu spät, sagen wir hinzu. Die Partei der Rechtssozialisten ist gerichtet als eine Partei des Verrats und des Betrugs an der Arbeiterklasse.

## Immer noch kirchliche Vorereu gen.

Offener Widerstand gegen den Friedensvertrag.

Die Hoffnungen der alldeutschen und militaristischen Gewaltpolitiker auf einen neuen kriech-schändlichen Krieg sind trotz Abschluß des Friedensvertrages noch nicht erloschen. Noch immer wird mit dem Gedankenspielt, sich der durch den Friedensvertrag festgesetzten Grenzregelung im Osten mit Waffengewalt zu widersetzen. Das Freikorps Eberli erließ zu diesem Zwecke folgenden Aufruf:

Kurt! Schiller steht auf!  
Wertvolle Teile unserer Heimatstadt sollen uns entziffen werden. Schließen den Schleusen, sei Euer durch die Welt haben der Auf. Nicht Papierworte, sondern Taten! Verteilung Eure Heimatstadt mit der Waffe in der Hand! Denkt an 1813! Nichtswürdig, zum Untergang reif ist ein Volk, das nicht sein Leben kämpft, um die Heimat zu verteidigen. Euerer Wille als Befehl der Reichswehr ist das Leben, an der Verteidigung Schicksal mitzuwirken.  
Kommt, tretet ein!

Dieser Aufruf erschien am 19. Juli im „Vögnitzer Tageblatt“. Das Freikorps Eberli fordert darin ganz offen das



aus, mit der Waffe in der Hand den Bedingungen des Friedensvertrages Widerstand zu leisten, also gegen die Polen einen offenen Krieg zu führen, sobald diese dazu übergehen, die ihnen zugewiesenen Grenzen zu belegen. Derartige Kufufe werden natürlich auch der Entente bekannt, und sie wird sie im humanitären Sinne gegen Deutschland ausüben. An eine Wilderung der Friedensbedingungen ist unter solchen Umständen nicht zu denken. Die heroischen Leistungen der Militärlisten werden bereits in einem riesigen Maßstab für die deutsche Volk aus. Es ist daher zu erwarten, daß die Verhandlungen gegen das verbrecherische Spiel der Militaristen energische Maßnahmen ergreift.

## Kampfe.

Der „Vorwärts“ schimpft noch immer in seinem gefrigen Abendblatt eine ganze Reihe lang. Er schiebt noch immer den unehelichen Sozialdemokraten die Schuld daran zu, daß sie den Bruderstreik am 21. Juli beantragt hätten. Was aber sollte der „Vorwärts“ am 21. Juli beantragen? „Vorwärts“ und er antwortet selber: „Eine Demonstration für die Solidarität des Weltproletariats, ein Zeichen des widerwärtigen des Verfassungsverfalls- und Verhängungswillens unter den Menschen.“

Gang recht, das hätte der Tag werden sollen. Er sollte werden: eine Demonstration für die Solidarität des Weltproletariats — und der rechtssozialistische Klotz der Weltproletariats, in denen diesem Gedanken Ausdruck gegeben werden sollte; er sollte werden ein Zeichen des Verfassungsverfalls- und Verhängungswillens unter den Menschen — und der rechtssozialistische Klotz liegen die, die diesem Ziel geaden wollten, Maschinengewehre aufzuführen, daß in die Luftschlange, die mit roten Fahnen in ruhigen Zuge diesen Gedanken ehren wollte, blindlings hinabschießen, sich diese Wunden ehren wollte, blindlings hinabschießen, diesen Wunden, mihardeln und zu Haaren treiben.

Wer trägt also die Schuld daran, daß der Tag der Solidarität der Arbeiterklasse zu einem Tag des Bruderstreikes geworden ist?

Zu dem Tumult im Gewerkschaftshaus schreibt uns ein Verammlungssteilnehmer: Der Tumult ist nicht hervorgerufen worden durch Unabhängige oder Kommunisten, sondern durch einige auf dem Podium stehende Besucher, die einen Kommunisten, der beruhigende Worte zur Verammlung sprach, vom Podium mehrmals hinunterstießen. Schuld an dem Tumult trägt auch die Leitung der Versammlung, die der Situation durchaus nicht gewachsen war. Ihre eigenen Beweise von der Geschäftsführung einer öffentlichen Versammlung hatte, und die trotz mehrfachen Verlangens um das Wort zur Geschäftsordnung — auch ich hatte mich zweimal zum Wort gemeldet — keinem der in der Versammlung anwesenden Kommunisten und Unabhängigen das Wort dazu erteilt. Letzteres hätte wesentlich zum ruhigen Verlauf der Versammlung beigetragen und dem Referenten erwidert, den Anwesenden seine Ausführungen vorzutragen. Die Kommunisten haben schon gar kein Interesse, die Versammlung durch tumultuarische Szenen zu bringen, da sie, wie sie mir im Gespräch sagten, sich freuen würden, einmal mit dem Herrn Kuttner öffentlich abzurechnen zu können.

Es sind im Gewerkschaftshause, wie polizeilich festgestellt wird, etwa sechs Schüsse abgegeben worden. Eine ganze Anzahl Personen wurden in dem Tumult verletzt. Als einer der Täter ist der Ingenieur Otto Holzamp, Admiralkstr. 18c, festgestellt worden. Von den Verletzten wurde bisher der Maler Fritz Koch, Nordstraße 44, und der Schlosser Georg Senfenhäuser, Rantenstraße 72, ermittelt. Der erstere hat einen Schuß in den rechten Oberschenkel, der letztere einen Schuß in den linken Oberschenkel erlitten. Senfenhäuser mußte nach dem Krankenüberwachen geschickt werden. Der 15jährige Tochter Wilhelm Widert, Marktstraße 8, wurde durch einen Schuß in den linken Oberschenkel verletzt. Ferner der 15jährige Kutscher Hermann Herrberg, Rindstraße 32, durch Schüsse mit Bleiwasser auf den Kopf.

### Ein rechtssozialistisches Urteil über Klotz.

Dem rechtssozialistischen „Hamburger Echo“ wird aus Berlin gemeldet:

Klotz hat die Unabhängigen wiederum einen großen Dienst erwiesen, indem er die Versammlungen unter freiem Himmel verbot. Die ersten Versammlungen des Grob-Verfalls waren inzwischen von der sozialdemokratischen Partei für ihre Versammlungen am heutigen Nachmittag 5 Uhr gemietet worden. Die Haltung Klotz wird aber hauptsächlich immer unverständlich. ... In immer weiteren Partikreisen fragt man sich, ob man die Haltung Klotz noch zu rechtfertigen vermag.

### Herr Kuttner.

Der „Vorwärts“-Redakteur Erich Kuttner läßt sich beleidigt, weil wir in einem wüsten Kriegsheber genannt haben. Herr Kuttner war neben den Herren Sellmann und Klotz postlicher Redakteur an der „Chemnitzer Volksstimme“. Er hat nicht nur die Ketz- und Kriegsverlängerungspolitik seiner Kollegen radikal kräftig unterstützt, sondern sie auch noch durch seine Schimpfungen aus seinem Soldatenleben ergänzt. Wenn er sich jetzt mit dem französischen Dichter Barbuse auf eine Stufe stellt, so ist das, Kuttner, Barbuse hat den Weibern vor dem Kriegsbeginn gesagt, Kuttner dagegen wollte seinen Lesern glauben machen, daß das „Durchhalten“ bis zur Vereinerlichung der Gegner notwendig sei.

Du bist nicht und noch folgendes geschrieben: Die „Freiheit“ hat Herr Kuttner einen wüsten Kriegsheber genannt. Herr Kuttner gibt in seiner Erwiderung an, daß dieser „wunderliche Vorwurf“ schon einmal von mir erhoben worden sei. Auf seine Aufforderung, Beweise für meine Behauptung zu bringen, läßt ich mir nichtigen Ausflüchten genöthigt. Diese Darstellung ist falsch. Tatsächlich hatte ich von Herrn Klotz gesagt, daß er wie wenig andere der Wehrverweigerer und ihrer Politik während des Krieges den wahren Sinn des militärischen Dienstes in Wärdern wie der „Chemnitzer Volksstimme“ und dem „Vorwärts“ geleistet habe. Auf seine entwürdigende Antwort läßt ich ihm vor, daß er niemals gegen das Aufheben seiner Redaktionskollegen Sellmann, Klotz ufm. protestiert habe.

Als wüsten Kriegsheber habe ich Herrn Kuttner nicht bezeichnet. Ich hätte also wahrhaftig keinen Anlaß gehabt, auf seine

tut, so könnte uns das zu dem Schluß verleiten, daß er den Vorwurf wüster Kriegsheber schon in der Besetzung der „wunderlichen journalistischen Dienste“ erblid, die er während des Krieges der Partei der rechtssozialistischen Parteilichung geleistet hat. Er empfindet — mit anderen Worten als Beleidigung, mit dieser Identifizierung zu werden.

Rechtlich wird es Herr Kuttner so nicht gemehrt haben wollen, aber er will wieder einmal, wie leicht man in eine schiefe Stimmung geraten kann, wenn man es zu sehr darauf anlegt, von sich reden zu machen. Er läßt sich doch daran gehen lassen können, daß ihm durch den Angriff der „Freiheit“ die schöne Gelegenheit geboten wurde, sich den Lesern des „Vorwärts“ als den deutschen Dichter Barbuse vorzustellen. Wozu muß er sich noch in die Debatte stellen?

### H. Breitfeld.

### Rundgebungen in Wilhelmshaven.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Wilhelmshaven, 21. Juli.

Unabhängige und Kommunisten beiten zum Demonstrationsstreik für den heutigen Tag aufgerufen. In letzter Stunde brachten die Rechtssozialisten noch ein irreführendes Flugblatt heraus, in dem es hieß, es werde nicht geteilt, sondern man beschränke sich auf eine Rosenkranzprozession. Trotzdem war die Beteiligung an dem Kundgebung über Erwarten groß. Mittags zog mit Musik, roten Fahnen und Blatzen ein Demonstrationzug durch Küstringer und Wilhelmshaven-Stadt an dem sich weit über 3000 Männer und Frauen beteiligten. Er endete auf dem Rindmarkt, wo unser Genosse Berg und der Kommunist Meyer auf die Bedeutung des Tages hinwiesen. Nachmittags fand eine von mehreren Tausenden Menschen besuchte Versammlung im Friedrichshof statt, in der Genosse Breitfeld (Berlin) referierte. Nach ihm hielt Geiger (R. H. D.) eine kurze Rede. Die Versammlung der Versammelten war ausgesprochen. Eine Versammlung der Rechtssozialisten wird etwa die Hälfte der Besucher unserer Versammlungen auf.

### Verhandlungen über die Kohlenlieferungen.

Berlin, 21. Juli.

Erste fand hier eine erste Besprechung zwischen den Vertretern der alliierten und assoziierten Regierungen und Vertretern der Deutschen Regierung und deutschen Sachverständigen über die Kohlenlieferungen statt. Die Deutschen gemäß Anlage V zu Artikel 200 des Friedensvertrages an die Entente zu liefern hat. Die deutschen Delegierten legten die gegenwärtige Kohlenlage Deutschlands dar, aus der sich ergibt, daß die Abgabe von Kohlen an die Entente unter den gegenwärtigen Umständen die schwerste Gefährdung, ja unter Umständen den vollständigen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftsliebens nach sich ziehen muß. Die alliierten und assoziierten Regierungen verlangten die Voriage eines Planes über die Deutschland vom September ab etwa möglichen Lieferungen.

Die Verhandlungen werden am Donnerstag fortgesetzt werden.

Genosse Spiro, der frühere Kommandant des Regiments Franz, ist nunmehr nach einer Untersuchungsfrist von 11 1/2 Wochen endlich entlassen worden. Diese Entlassung wird ein begreifbares Licht auf die rechtlose Art und Weise, in der heute vollkommen unschuldige Menschen mit rücksichtsloser Willkür eingekerkert werden. Abgesehen von einem kurzen Verhör gleich nach der Verhaftung wurde Genosse Spiro nämlich ganze 11 Wochen hindurch nicht ein einziges Mal vernommen. Dann trat aus irgendeinem Grunde eine Veränderung in der Person des Untersuchungsrichters ein. Der neue Untersuchungsrichter beauftragte sofort eine Vernehmung Spiros an, und tags darauf wurde er entlassen. Kommen wir aber über die Schiffverletzungen in Seaba hinaus sind noch gemeldet worden: Signalmaat Hans Hesse, Maschinenanwärter Hans Verbergh, Des Befinden der Verwundeten ist zufriedenstellend. Von den Besatzungen der versenkten Schiffe sind untergeordnet: Admiral v. Reuter mit seinem Adjutanten Oberleutnant zur See Schilling in Donington Hall, 11 Offiziere, Ingenieure, Köche und Fahnenmeister im Offiziersfangenenlager Ostwerk 12, desgleichen in Walefield, 1086 Mannschaften im Gefangenenlager Dealie Road, Sowden bei Doverstr.

## Das Ende der Verfassungsberatung.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Drimar, 21. Juli.

Die Mehrheit der Nationalversammlung hat es feigezeit abgelehnt, Deutschland zu einem Einheitsstaat auszugestalten. Sie hatte beschlossen, das Bundesstaatsystem aufrecht zu erhalten. Dieser Beschluß stellte die Mehrheit der Nationalversammlung selbst vor ein überaus schwieriges Problem, das der Wiedergeburt des Reiches. Die Wiedergeburt wie sie vor der Revolution bestand, war ebenso unvereinbar mit der Wirtschaft, mit der Entwicklung des Verkehrs, mit dem Willen der Bevölkerung, wie die alte Reichsverfassung und die Verfassungen der Bundesstaaten unter dem alten Regime. Die Revolution hat zwar die Dynastien der Einzelstaaten beseitigt, aber die Einzelstaaten in ihrer alten Gestalt, wie sie durch die dynastischen Zufälligkeiten entstanden sind, bestehen noch heute. Der Wille der Bevölkerung — nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch großer Teile des Bürgertums — steht in den Grenzen der Einzelstaaten nicht die Schwärze, vor der die Revolution Halt machen mußte. Der Drang nach einer völligen Neugestaltung ist überaus mächtig. So mächtig, daß sich ihm auch die nicht anzuziehenden Wunden, die unter allen Umständen Schluß mit der Revolution machen wollen.

Die Bewegung, die auf eine Neugestaltung der Länder hingiebt, ist vor allem eine Bewegung gegen Preußen. In der Vergangenheit gegen Preußen begannen sich die verbliebenen Elemente. Neben denen, die Preußen geschlagen sehen wollen, weil sie in dem alten Preußen den Hort der Reaktion in Deutschland erblickten, stehen die, die aus reaktionär-papularistischen Erwägungen heraus Preußen aufteilen und neue Partikularstaaten schaffen wollen. Diese Momente waren in der Diskussion über den Artikel 18 der Verfassung zum Ausdruck gekommen, wenn nicht vorher ein Schlußantrag der Kompromißpartei die Debatte abgebrochen hätte.

Die Mehrheit der Nationalversammlung ist der Lösung des Problems, das an sie herantrat in einem Augenblick, wo sie den Einheitsstaat ablehnte, aus dem Wege gegangen. Sie hat sich auf ein Kompromiß geeinigt, das zunächst zwei Jahre lang

Zustandes abhängig macht von der Entscheidung von drei Fünfteln der Bevölkerung und des Reichstags. Der Artikel 18 ist früher als Haupt- und Schlüsselpunkt der Verfassung bezeichnet worden; er sollte die völlige staatliche Neuordnung der deutschen Länder bringen. Nun hat die Mehrheit der Nationalversammlung es vorgezogen, an die Stelle dieses Haupt- und Schlüsselpunktes eine halbe Arbeit, einen Wechsell auf die Zukunft zu setzen. Selbst auf diesem Gebiet ist sie unfähig, einen wirklichen Fortschritt zu leisten.

Die Debatte wurde durch den Schlußantrag der Mehrheitspartei sehr einseitig. Wüsten Verteidigern des Kompromisses und den Anhängern des alten Preußens, die Preußen als Hort der Reaktion in Deutschland erhalten wissen wollen, kam nur der heftige Justizminister zu Worte, morgen Abgeordnete aus Hannover, aus Groß-Härtingen, aus Ostpreußen, aus der Pfalz und aus Braunschweig nicht in der Lage waren, ihre Ansichten zu vertreten. Genosse Haase stellte in kurzen, prägnanten Ausführungen fest, daß das Kompromiß keine Lösung des Problems darstelle und daß man mit Hilfe von papierenen Gesetzesbestimmungen den unüberwindlichen Willen der Bevölkerung nicht beseitigen kann.

Bei der Abstimmung wurde das Kompromiß angenommen. Bei der Abstimmung über die Vertretung im Reichstag, Artikel 44, kam es zu einem nicht uninteressanten Zwischenfall. Unsere Fraktion hatte beantragt, die Hälfte der deutschen Vertreter nicht von den Provinzialverwaltungen, sondern von den Provinzialparlamenten delegieren zu lassen und die Bundesräte durch die Demokratie zu ersetzen. Die Rechtssozialisten stimmten gegen diesen Antrag, und die Mehreren Abgeordneten aus ihren Reihen antworteten auf die erhellenden Punkte unserer Genossen mit den üblichen höflichen Hochabermählungen, daß Herr Klotz kein beabsichtigt zu Nutz wurde, so daß er die Abstimmung zu modifizieren suchte. Die Mitglieder der rechtssozialistischen Fraktion sind eben zu allem zu gebrauchen — mit dem Prinzip oder gegen das Prinzip, das ist ihnen ganz gleich.

Am Nachmittag wurden die Schluß- und Nebenabstimmungen der Verfassung erledigt. Dabei kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen der Linken und den offenen und verkappten Monarchisten, die auf dem Umweg über die Präsidenschaft die Monarchie wieder einschmuggeln möchten. Genosse Seeger sagte den Monarchisten einige sehr unangenehme Wahrheiten, aber die sie mit Lärm quittierten. Im Kommersium wurde schließlich der Antrag unserer Genossen mit 128 gegen 117 Stimmen angenommen, die Dynastien für immer von der Präsidenschaft auszuschließen.

Bei der Beratung des Artikels 173 wurde die Frage der Lebensdauer der Nationalversammlung aufgeführt. Die Deutschnationalen verlangten einen bestimmten Termin, bis zu dem der neue Reichstag gewählt sein soll und unsere Genossen verteilten die Ansicht, daß eine schleunige Wahl wenig wenig sei, da die Nationalversammlung nicht mehr den wirklichen Machtverhältnissen im Volk entspreche. Die Rechtssozialisten wandten sich gegen die Festsetzung eines Termins und begründeten diese Meinung damit, daß man nicht den bereits angehängten Obstruktion der Rechtsparteien gegen die Verfassungsvorschläge Vorlauf lassen dürfe. In der Tat ist diese Obstruktion ganz offen angehängt, sie hat in den Steuer-, ausschüssen bereits begonnen. Eine wirklich starke Regierung, die dem Willen zum Sozialismus erfüllt wäre und des Mißhols in den Arbeitermassen sicher wäre, brauchte eine solche Obstruktion nicht zu fürchten, sie würde eine sozialistische Steuererhebung durchzuführen können, wenn sie sich auf das Vertrauen des Proletariats stütze. Die jetzige Regierung jedoch stützt sich auf das Bündnis mit den bürgerlichen Parteien. Darin und in der Tatsache, daß sie den Boden des bürgerlichen Parlamentarismus nicht verlassen will und kann, liegt die Grenze ihrer Macht. Sie hat Schwächen, eine radikal-demokratische Steuererhebung durchzuführen, geschweige denn eine Sozialisierung.

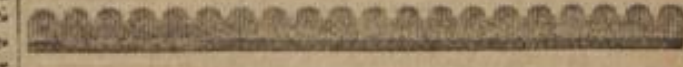
Der Antrag unserer Genossen, einen Termin festzusetzen, wurde abgelehnt. Die Beratung der Verfassung in zweiter Lesung ging dann zu Ende. Eine Nationalversammlung, die nicht der Ausdruck der wirklichen Machtverhältnisse im Volk ist, hat in zweiter Lesung ein Grundgesetz beschlossen, das den Machtverhältnissen in Deutschland so widerspricht, daß man die Unmöglichkeit seiner Aufrechterhaltung vorhersehen kann, noch ehe es in Kraft getreten ist.

## Aus aller Welt.

Schweres Luftschiffunglück.

Wien, 21. Juli. (Telegr.)

Das neueste große lenklose Luftschiff geriet auf einem Probeflug in Brand und fiel aus 800 Fuß Höhe auf ein Wohngebäude. Die Besatzung der Luftschiffes erlitten beim Aufschlag. Von den Angehörigen der Band wurden 44 in getötet und 15 verwundet.



# Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

Hest 10

Aus dem Inhalt:

Streik und Unruhen in Berlin und Hamburg.

Eine Luxemburg-Feyer

Toshol's Roman „Der Teufel“

Kol. Mitgath, „Die schwarze Kutsche“

„Der vernagelte Klotz“, Karikatur

Einzelnummer 20 Pf. — Vierteljährlich 2,50 Mk.

Ausgabe heute nachmittag

In allen Buchhandlungen, Zeitungsverkaufstellen, Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen, sowie im



Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am ...

Deutsches Theater ...

Hammerstele ...

Theater des Westens ...

Lesing-Theater ...

Deutsches Künstler-Theat. ...

Neues Operettenhaus ...

Residenz-Theater ...

Das höhere Leben ...

Rose-Theater ...

Triumph-Theater ...

Der gute Ruf ...

Walhalla-Theater ...

National-Theater ...

Familie Mannemann ...

Elite-Sänger ...

Wintergarten ...

Berliner Prier ...

Septim's Dummheit ...

U. S. P. Neukölln!

General-Versammlung ...

Deutscher Holzarbeiter-Verband ...

Mitglieder-Versammlung ...

Verband der Bureau-Angestellten ...

Mitglieder-Versammlung ...

Zentralverband der Handlungsgehilfen ...

Mitglieder-Versammlung ...

Mitglieder-Versammlung ...

Mitglieder-Versammlung ...

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Kollegen und Kolleginnen! ...

die Abstimmung über die Beitragserhöhung ...

Branchenversammlung ...

Branchen-Versammlung ...

Branchen-Versammlung ...

Branchen-Versammlung ...

Branchen-Versammlung ...

Branchen-Versammlung ...

Branchen-Versammlung ...

U. S. P. D.

5 große Versammlungen ...

Thema: a) Die Schule als Opfer ...

Thema: b) Wie stellen wir uns ...

Thema: c) Die Lehrer, Genossen ...

Thema: d) Die Arbeiter ...

Thema: e) Die Jugend ...

Thema: f) Die Frauen ...

Thema: g) Die Arbeiter ...

Thema: h) Die Arbeiter ...

Schwarz' Sommer-Theater ...

Großes Kinderfest ...

Riesen-Varieté-Programm ...

Konditorei u. Café Höhenstufen ...

Balltschmieders Varieté-Garten ...

Täglich 12 Varieté-Nummern ...

Säle frei ...

Säle frei ...

Säle frei ...

Auswanderung ...

Auswanderung nach Argentinien ...

Moderne Küchen ...

Absenler-Panzen ...

Küchen ...

Tätowierung ...

Wie ein Wunder ...

Wie ein Wunder ...

Wie ein Wunder ...

Zentralverband der Glasarbeiter u. Arbeiterinnen ...

Quartals-Versammlung ...

Deutscher Metallarbeiter-Verband ...

Allgemeine Branchenversammlung ...

Berlin, den 10. Juli 1919 ...

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc. ...

Donnerstag, den 24. Juli 1919 ...

Außerordentliche General-Versammlung ...

Außerordentliche General-Versammlung ...

Bekanntmachung ...

Bekanntmachung ...

Bekanntmachung ...

Bekanntmachung ...

Bekanntmachung ...

Bekanntmachung ...

Bekanntmachung ...

Bekanntmachung ...

Bekanntmachung ...



Gewerkschaftliches.

Schiedspruch über die Arbeitszeit im Holzgewerbe.

Auf Veranlassung der Arbeitgebermitglieder der zentralen Verhandlungskommission wandte sich der Vorsitzende bei den Verhandlungen in Rürberg an das Reichsarbeitsamt, um über die Frage der Arbeitszeitverkürzung einen Schiedspruch herbeizuführen.

Am 20. Juni wurde ein Schiedsgericht unter einem unparteiischen Vorsitzenden zusammen.

Nachdem unseinerseits erklärt wurde, daß wir einen Schiedspruch nur dann für verbindlich anerkennen können, wenn über die anderen kritischen Punkte weiterverhandelt und eine Einigung erzielt werde, die Arbeitgeber erklärten, bei einer Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr konkurrenzfähig gegenüber dem Ausland zu sein, trat das Schiedsgericht zu seiner Beratung zusammen.

Das Ergebnis dieser Beratungen war folgender Schiedspruch: Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt acht Stunden täglich.

In der Tarifklasse I und II sechs Stunden, in der Tarifklasse III und IV sieben Stunden am Sonnabend.

Begründend wurde vom Vorsitzenden ausgeführt, das Schiedsgericht habe die Frage verneint, daß dem Holzgewerbe durch die dem Holzarbeiter-Verband geforderte Arbeitszeitverkürzung Schaden zugefügt werde.

Im übrigen sei es nur eine Festlegung bereits bestehender Verhältnisse. Innerhalb 14 Tagen haben die Parteien zu erklären, ob sie den Schiedspruch annehmen wollen.

Schließung der Flugzeugmeisterei in Adlershof.

Die offiziell mitgeteilt wird, soll der gesamte Betrieb der Flugzeugmeisterei Adlershof in aller nächster Zeit geschlossen werden. Diese Maßnahme hängt mit den Friedensvertragsbestimmungen zusammen, welche keine deutschen Luftstreitkräfte mehr zulassen und die Auslieferung des Pilotenpersonals wie auch der Waffen und Flugzeugbestandteile fordern.

Die Flugzeugmeisterei Adlershof war im Kriege das Zentraldepot für den gesamten Nachschub für alle Fliegerformationen. Die dort bis zu 20000 Mann beschäftigt. Noch im November 1918 zählte die Besatzung etwa 18000 Köpfe und gegenwärtig etwa 4800 Mann, deren Kündigung nunmehr unmittelbar bevorsteht.

Im Gegensatz zu den Spandauer Betrieben waren die Adlershofer Anlagen keine Oerterwerkstätten, die schon lange vor dem Kriege bestanden und ihren technischen Einrichtungen nach für die Zukunft geeignet waren. Vielmehr handelte es sich bei Adlershof um reine Kriegsanlagen, zum Teil provisorische Bauten, die überaus gelegentlich einmal auf festem Boden, sondern auf gepflastertem Gelände stehen und laut Nachvertrag wieder abgebaut werden müssen.

Ein Teil der gefälligen Angehörigen und Arbeiter soll wie bisher einstellt werden, wenn die ganze Anlage aus dem Bestand der bisherigen Kriegsverwaltung und Abbaufgaben zuständigen Dienstverwaltungen übernommen ist.

Groß-Berlin.

Bekanntmachung des Vollzugsrates.

Die am 19. Juli tagende Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte nahm Kenntnis von dem Ausschneiden eines kleinen Teils von Arbeiterstätten, die auf dem Boden der S. P. D. und D. U. stehen, und erklärte einstimmig, daß für die Vertretung der Interessen der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins nur die rechtmäßig einberufene Vollversammlung und deren Beschlüsse maßgebend sind.

Richard Müller und Fritz Risch

Die nächste Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte, der kommunalen Arbeiterräte und der Delegierten der Soldatenräte findet am

Sonnabend, den 26. Juli, vorm. 10 Uhr,

in den Germaniasälen, Chausseestraße, statt.

Wir erlauben sämtliche Arbeiter, pünktlich anwesend zu sein. Allen Arbeitern, Angestellten und Beamten empfehlen wir, darauf zu achten, daß ihre Arbeiterräte diese Vollversammlung besuchen, andernfalls sie zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Der Vollzugsrat

gez. Richard Müller. Fritz Risch.

Arbeiterräte, Betriebsräte und Betriebsfunktionäre des S. P. D.!

Die Fraktion der sämtlichen Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre findet nicht heute Mittwoch, sondern am Freitag, den 25. Juli, nachmittags 4 Uhr in den Germaniasälen, Chausseestraße, statt. Es ist nicht ein jeder Genosse, pünktlich zu erscheinen.

Der Fraktionsvorstand, J. A. Otto Koch.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin gegen die Internationale Rundgebung!

Der Angestellten-Ausschuß der Kasse hatte seine Kollegen, wie es selbstverständlich war, aufgefordert, am Montag zum Dienst zu erscheinen und an den Demonstrationen teilzunehmen. Im Auftrage des Vorsitzenden, des Schuhmachers (Arbeitnehmer) verlegte der Geschäftsführer Julius Lohn einen Namen des Vorstandes, daß dieser mit der Arbeitserweiterung am Montag, den 21. d. M., nicht teilnehmen und alle beschäftigten Personen an diesem Tage verpflichtet sind, auch am Montag die Arbeit auszuüben. Der Betriebsrat hatte trotzdem einstimmig den Beschluß gefaßt,

die Angestellten aufzufordern, am Montag sich durch Arbeitserweise an der Rundgebung zu beteiligen. Was sagen die Mitglieder zu dieser allen Soldatenkämpfern hochsprechenden Maßnahme des Vorstandes der Kasse?

Zum Postamt 66 in der Bondagenstraße wird uns mitgeteilt, daß dort von einem Obersekretär eine Erklärung der Oberpostdirektion verlesen wurde, wonach der Generalrat bei der Postbehörde unzulässig sei. Solche Bevormundung lassen sich die Postbeamten immer noch gefallen!

Ferner wird uns aus den Spandauer Staatswerkstätten, wo jetzt der sozialistische Arbeiterrat von Generalkommandos Gnaden herrscht, berichtet, daß dort eine Bekanntmachung erschien, wonach derjenige, der am Montag streikt, sofort entlassen wird. Das ist natürlich kein Terrorismus!

Achtung! Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte!

Sorgt für den Wahl- und Propagandafonds der Berliner Arbeiterräte!

Es ist Pflicht eines jeden Hand- und Kopfarbeiters, der seinen Lebensunterhalt im Betrieb oder im Beruf erwirbt, und der das Räteystem zu einer mächtvollen Organisation des Proletariats ausbauen will, mindestens eine Marke pro Woche zu leisten.

Abrechnung der Marken jeden Sonnabend an der Kasse des Vollzugsrates, in den Zellen 23, Zimmer 11, von 10 bis 4 Uhr.

So demonstriert Moske.

In welcher Weise die Kundgebungen am Montag geblüht wurden, ergibt noch der nachfolgende und zugegangene Bericht. In Reinickendorf fand am Montag eine von der S. P. D. einberufene Versammlung statt. Etwa 1000 Besucher hatten die Ausführungen des Referenten mit Beifall ausgenommen, als zwei mit Noelsoldaten vollbesetzte Autos mit Maschinengewehren erschienen. Da sondersbarweise alle Motorgänge des Autos verriegelt waren, und die Anmeldung des Besuches durch nervöse Straßensperren erfolgte, entstand eine Panik, bei der eine Anzahl Besucher leichte Körperverletzungen davontrugen, während ein 17-jähriger Mädchen sich durch Fall eine schwere Rückenverletzung zuzog. Die Soldaten sperrten noch eine Stunde lang die Straße ab und belästigten die Passanten, worauf sie als Steger, allerdings ohne Beute, abzogen.

Das fünfte Gebot — drei Monate Gefängnis.

Woll er sich auf den Standpunkt des fünften Gebots gestellt hat und in Unterhaltungen mit Rekruten diesen das Verwehren der Waffengewalt vorkam, mußte sich der Schriftsteller Leonar Waldschmidt wegen Vergehens gegen § 9 des Verwahrungsgesetzes vor dem außerordentlichen Kriegsgericht des Landgerichts II verantworten. Der Angeklagte, ein älterer Mann, fuhr in den Wärgelagen, als in Berlin die Unruhen sich abspielten, täglich von seinem Wohnort Wilmersdorf nach Berlin. Im Wartesaal des Bahnhofs und in den Abteilen des Zuges entwickelten sich politische Diskussionen und Gespräche, in denen der Angeklagte seine Ansichten gegen „brutale Gewalt“ zum besten gab. Nach den Zeugenaussagen soll er sich dabei besonders an die Rekruten gewandt und davon gesprochen haben, daß Waffen nicht mehr gebraucht werden dürften. Jetzt sei ein freies Deutschland entstanden, Offiziere seien überhaupt ganz überflüssig geworden, denn jeder könne machen, was er wolle. Die Rekruten hatten den Eindruck, daß der Angeklagte diese Ausführungen zu Propagandazwecken machte. Der Angeklagte bestritt dies und behauptete, daß es sich um ganz allgemeine Gespräche handle, die sich bei einer Fahrt im dichtgefüllten Eisenbahnabteil, das zum Teil mit Soldaten besetzt war, von selbst ergeben haben, ohne daß dabei die Absicht einer Verhetzung bei ihm abgewandelt habe. — Der Staatsanwalt beantragte wegen Vergehens gegen § 9 des Verwahrungsgesetzes 9 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Bestialische Regierungssoldaten.

Ein abscheuliches Verbrechen haben, wie wir erst jetzt erfahren, am Donnerstagabend einige Regierungssoldaten in Nikolassee verübt. Eine Frau, deren Mann in Gefangenschaft ist, kam gegen 10 Uhr abends mit dem Berliner Zuge auf dem Bahnhof in Nikolassee an. Als sie auf dem Nachhausewege durch die Anlagen ging, wurde sie plötzlich von 6 Noelsoldaten überfallen und vergewaltigt. Die bedrängte Frau bot in ihrer Todesangst jedem der Besten 10 Mark, ihre ganze Verköstung, an, um sie freizulassen. Aber vergebens! Erst als durch das Röhren der Frau Publikum vom Bahnhofe her angelockt worden war, das auf die Missetat einging, konnte die Frau aus ihrer furchtbaren Lage befreit werden. Jetzt ergriffen die mühtigen Gardisten des Gassenpatrols. Sie konnten aber noch im Laufe der Nacht verhaftet werden. Die Frau liegt schwer darnieder.

Kauffällig ist, daß der bürgerlichen Presse, die täglich über Mord und Verbrechen inhalten berichtet, dieser Missetat keine Erwähnung tut. Freilich, gegen Spontakus liegt sich die Sache nicht auszusprechen. Und der moralische Tiefstand jener Regierungssoldaten, den der Fall drastisch offenbart, muß der Öffentlichkeit möglichst verheimlicht werden.

Zu der Schließung der Volks-Kasse- und Speisestellen-Gesellschaft wird uns von dem Obmann des Angestellten- und Arbeiterauschusses geschrieben, daß die 20- bis 30000 Fälle, die die neun Speisestellen täglich benutzen, kaum in der Lage sein werden, zu dem gleichen Preise das hier erhaltene Essen sich beschaffen zu können. Außerdem haben die 250 Angestellten während des Bestehens der Gesellschaft bei 15- bis 18tägiger Arbeitszeit und sehr geringer Entlohnung im Interesse des Unternehmens gearbeitet, nun aber seien sie wegen der steigenden Teuerung nicht mehr imstande, mit den alten Lohnsätzen auszukommen. Der Obmann fragt zum Schluß, warum der Magistrat von Groß-Berlin die Übernahme dieser Speisestellen ablehnt habe. Das Interesse der minderbemittelten Bevölkerung Berlins hätte die Übernahme dieser Einrichtung durch die Stadt erfordert.

Leihentzug. Sonntag früh wurde in Niederschöneweide unweit des Freibades Adlershof eine männliche Leiche, ungefähr 30 Jahre alt, geborgen. Bekleidet war die Leiche mit einem dunklen Jackettanzug, schwarzen Strümpfen. Der Totte hatte kein Gesicht mehr. Die Leiche war bis gestern noch nicht von der Fundstelle abgeholt worden.

Eine öffentliche Schulkonferenz plant für den Herbst ein Kreisentschiedener Schulkonferenz unter den akademisch gebildeten Lehrern. Sie wird Anfang Oktober in Berlin stattfinden. Es sollen in mehrstündigen Beratungen brennende Fragen des Schulaufbaues, des Unterrichts und der Erziehung, der Lehrerbildung und der Schulverwaltung, der Unterrichtsstelle und -Reihen, besonders auch die Erarbeitung eines Lebens-, Staats- und Gesellschaftsaufbaues behandelt werden. In den Referenten gehören u. a. Stadtschulrat Dr. Buchner u. Neufeld, Unterrichtssekretär a. D. Dr. Baage, Professor Goldstein, Frankfurt am Main. Die Vorbereitungen liegen in den Händen eines Ausschusses, der die Herren Professor Oesterreich, Berlin-Schöneberg, Oberlehrer Dr. Katzen, Berlin-Tempelhof, Dr. Kuhn, Berlin, Studentent Dr. Krausnick, Berlin-Schöneberg und Studienassessor Wagner, Berlin-Wilmersdorf umfasst. Alle Anfragen, Anmeldungen und Mitteilungen in Sachen der Tagung werden erbeten an Herrn Studienassessor Kuno Wagner, Berlin-Wilmersdorf, Spandauerstr. 15.

Berichtungen.

Spanbau. In einer Mitgliederversammlung am 16. d. M. wurde eingehend die Frage der Eingemeindung nach Groß-Berlin besprochen. Nach eingehenden Erörterungen der Genossen Risch und Dahle, die den reaktionären Entwurf des Unterstaatssekretärs Freund beleuchteten und auf die Nach- und Vorteile der Eingemeindung, wurde auch in der nun folgenden Diskussion das für und Wider reiflich erörtert. Schließlich wurde die Stadtverordnetenfraktion beauftragt, dem Entwurf der Stadtgemeinde abzulehnen und einzutreten für die Eingemeindung in Form der Gesamtgemeinde unter Eingliederung der westlichen Ortsteile Tietzwerber, Wilsdorf, Gatow, Gladow, Stöcken usw., sowie auch des westlichen Havelufers. Für bis am 27. Juli in Berlin stattfindende Generalversammlung der Organisation für den Wahlkreis Potsdam 4 wurden die Genossen Kunz, Leo und Dahle sowie die Genossin Risch als Delegierte gewählt. Ein Antrag seitens der sozialistischen Jugend, das Organ „Jugend“ abzulehnen, da darin eine Herbspaltung der proletarischen Jugend zu sehen ist, wurde einstimmig angenommen. Ferner geliebte der Vorsitzende am Schluß noch das Verhalten der Moskauer, die am hellen Abend auf der Straße den Genossen Gewalt ohne Grund vom Fahrrad holten und unter Vorhaltung des Revolvers zweimal in Gesicht schlugen.

Spanbau. Hier verlief der Tag allgemein ruhig. Städtische Straßenbahn, Gaswerk und Elektrizitätswerk streikten. Auf den Staatsbetrieben wurde nur teilweise gearbeitet. In einer öffentlichen Demonstrationssammlung, die im Stadtpark unter den Eichen stattfand und von mehreren tausend Personen besucht war, wurde, in Vertretung des Referenten von den Genossen Dahle und Kunz auf die Bedeutung des Tages hingewiesen, u. a. auch auf die Proclamation Moske, die allgemein Mißfallen fand. Die Versammlung schloß mit einem Ruf auf die Internationale.

Berlin, Spreewald, Müntzenhof, Buch. Von der S. P. D. war am Montag in Bernau eine Versammlung einberufen worden, in der ein Herr Scheffer eine von Widersprüchen strotzende Rede hielt. In der Diskussion wurde von Anhängern der U. S. P. und S. P. D., die ebenfalls sehr stark vertreten waren, mit dem Scheinsozialisten scharf abgerechnet. In großen Tumulten kam es, als der Verlesungsschreiber gegen den Berliner Volksrat und gegen den Genossen Gieseler verächtliche Angriffe richtete. Die Genossen und die Kommunisten verließen die Versammlung und ließen ein kleines Häuflein Sozialisten zurück. Die Aufgehörten formierten sich dann zu einem Demonstrationzug, der sich unter Brandzügen von Fahnen und dem Gesang von Arbeiterliedern durch die Stadt bewegte. Am Marktplatz sprach ein Redner über die Bedeutung der Kundgebung und dann zog der Zug weiter bis zum Bahnhof, wo er sich mit einem Ruf auf die internationale proletarische Sozialdemokratie auflöste. Das war Bernaus erste Demonstration und zugleich ein großer Tag für das revolutionär gesinnte Proletariat des Bezirks.

Lebensmittellisten.

Buchholz. Von Mittwoch ab für Jugendliche je 50 Gramm 2½ Pfennig. Am Mittwoch im Amtshaus, Zimmer 8, Ausgabe von Schokolade an Kinder, die bis 4. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Ausgabe erfolgt von 10 bis 6 Uhr den Buchstaben A—E, von 9—10 D—G, von 10—11 G—C, von 11—12, M—N, von 13—1 für den Rest. Für Kranke, alte Leute über 70 Jahre sowie schwangere und stillende Frauen 150 Gramm Kakao. Rückverkauf der Kisten heute nachmittags von 3—4 Uhr. — Als Ersatz für Brot 700 Gramm Brot. — Kartoffelverteilung für diejenigen Einwohner, die in der vorigen Woche ihre 4 Pfund Kartoffeln nicht erhalten haben, am Mittwoch im hiesigen Amtshaus, von 9—12 Uhr.

Aus den Organisationen.

Zweiter Kreis, 6. Abteilung, heute 1/2 Uhr bei Frau Bergmannstr. 97, Tietzwerber. Zweiter Kreis, Sonntag Kommissarbesuch nach Dirschgatten. Treffpunkt selbst 9 Uhr im Restaurant „Waldschmidt“. Dritter Kreis, 1. Abteilung, Mittwoch abend 7 Uhr bei Spandauer, Oranienstr. 150, Versammlung, Tagesordnung: Das Räte-system, Referent: Gen. Falzahn, Mitglied des Berliner Vollzugsrats. Vierter Kreis, 1. Abteilung, Mittwoch abend 7 Uhr bei Wilmersdorf, Mitgliederversammlung, Vortrag des Gen. Stadtschulrath Schröter: Die politische Lage. Fünfter Kreis, Sämtliche Genossen, die die Kontrolle am Sonnabend, den 26. Juli, zum Sommerfest ausüben, treffen sich am Donnerstag abend 7 Uhr bei Wilmersdorf, Oldenburger Str. 10. Tietzwerber. Wir bitten die Ortsvereine des Kreises die Beitrittsunterlagen für die Genossenschaft „Freiheit“ sowie sonstige Agitationsmaterialien soweit noch nicht geschickt, recht bald im Kreisbüro, Neufeldstr., Redakteur, 3, abzugeben. Charlottenburg, Donnerstag abend 7 Uhr, Sitzung der Kommunalen Arbeiterräte der U. S. P. D. im Rathaus, Zimmer 5. Charlottenburg, Sommerfestkomitee, Donnerstag abend 1/2 Uhr Treffpunkt in Carlshof, Pünktlich erscheinen. Neufeldstr., Mittwoch abend 8 1/2 Uhr Gen. Hermannstr. 187, Funktionärsversammlung. — Donnerstag nachmittags 10 Uhr Extra-Zusammenkunft der Kassen, Gen. 8. — Donnerstag abend 8 1/2 Uhr bei Riem, Scharnhöhe, Generalversammlung, Wahldebatt, Legitimiert. — Samstag, 2. und 3. Bezirk, heute, Mittwoch, abend 7 Uhr Bezirksversammlung, Klaus, Köpferstr. — Bezirk 8, Donnerstag abend 8 Uhr Besuch der Kunstausstellung im Rathaus, Treffpunkt vor dem Rathaus. — 24. Bezirk, heute, Mittwoch, 7 Uhr Bezirksversammlung im Carlshof. Oberhähnchen, Mittwoch abend 8 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula des Realgymnasiums, Vortrag: Das neue Deutschland. Friedrichshagen, Mittwoch, den 23., allgemeines Jubiläum bei Bauerstr., abend 7 1/2 Uhr. Steglitz, Mitgliederversammlung heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Stubenrauchstr. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung und Wahlen. —

Bereinstunden.

Wahlung, Telegraphenarbeiter! Alle Telegraphenarbeiter werden aufgefordert, heute abend 1/2 Uhr in den Germaniasälen, Chausseestraße 17/18, zu einer großen Mitgliederversammlung zu erscheinen.



